

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern

In Verbindung mit Ernst BÄCH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHÄUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

8. Jahrgang, Nummer 11

Z 2753 E

Bonn, im November 1960

INHALT

DIE TOTEN VERPFLICHTEN DIE LEBENDEN von Gerhard Schröder	S. 1
DIE SPD UND DAS EIGENTUM von Fritz Burgbacher	S. 2
DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER OSTAFRIKAS von Kai Uwe von Hassel	S. 4
CHRISTLICHE EXISTENZ IN MITTELDEUTSCHLAND	S. 11
PANKOWS FLUCHT NACH VORN	S. 12

DIE TOTEN VERPFLICHTEN DIE LEBENDEN

Zum Volkstrauertag

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Am Volkstrauertag gedenken wir unserer Kriegstoten. Ihnen ist dieser Tag zwischen Allerseelen und dem Totensonntag gewidmet. An dem besonderen Gedenktag halten wir fest. Denn unsere Trauer ist eine andere, wenn wir an ihre Gräber treten. Hier ruhen ja nicht diejenigen, die der Tod nach einem vollendeten Leben abberief und die ihn vielleicht gar begrüßten als eine Erlösung von der Krankheit Qual oder des Alters Mühsal. Sie riß der Krieg hinweg. Sie wollten noch da sein und sie hofften noch auf die Zukunft eines vollen Lebens, als das Eisen des Krieges sie in die Todesäcker pflügte. Gedenken wir ihrer, so spüren wir den ganzen Jammer des noch nicht verwundenen Leides.

Über ihren Gräbern steht die Frage nach dem „Warum“. Und diese Frage wird um so quälender, als wir am Volkstrauertag nicht allein der im Kampfe Gefallenen gedenken, sondern auch der im Kriege hilflos Gemarterten. Derer, die in den Bombenkellern umkamen und im Brand unserer Städte; die auf den Fluchtstraßen erschlagen wurden; die in den Gefängnissen um ihrer Empörung gegen das Unrecht willen hingerichtet wurden und die

in den Vernichtungslagern qualvoll starben. Über dem Tod all dieser Opfer des Völkerhasses und des Rassenwahns steht das „Warum“. Diese Frage dürfen wir nicht überhören. Denn wir dienen dem Sinn des Volkstrauertages nicht, wäre die Klage das einzige Wort zum gewaltsamen Tod der vielen Millionen.

Es geht hier nicht um eine Antwort, wie sie der Historiker bereit hat. Es geht nicht um das Urteil der Wissenschaft. Die Antwort, die hier zu geben ist, ist anderer Art. Sie lautet, daß überall dort, wo dem Herrn der Geschichte der Gehorsam aufgekündigt wird, wo in bewußtem Frevel seine Gesetzestafeln umgestoßen werden, die zerstörerischen Kräfte aus der Tiefe aufbrechen. Ihr Werk wird immer Vernichtung sein und namenloses Leid.

*

Denken wir an die unübersehbaren Gräberreihen, die der Krieg hinterließ, dann fragen wir uns, ob die lärmende Zwietracht unserer Welt nicht an den Schlaf der Toten rührt. Diese Frage entspricht gewiß Vorstellungen, denen die Toten entrückt sind. Aber wie könnten wir

anders an sie denken als in menschlicher Weise. Noch sind sie uns ja sehr nahe. Noch sind sie in unseren Gedanken nicht zu Schatten geworden, die jeder Beunruhigung durch irdische Dinge entzogen wären. Stehen wir an ihren Gräbern, dann ist uns, als hörten wir als ihr Vermächtnis die Mahnung, den Frieden zu erringen und zu bewahren. Und dann fragen wir uns, ob alles getan worden ist, auf daß sie in Frieden ruhen mögen. Denn noch ist der Welt, die sie zurückließen, der Frieden versagt geblieben. Sie hat die Mahnung vielleicht gehört, aber sie hat sie nicht befolgt.

So wäre es demnach nicht weither mit dem Dank, den die Lebenden den Toten zu schulden vorgeben. Oft scheint es, als habe den Lebenden nur daran gelegen, schnell zu vergessen. Indem sie den schrecklichsten Abschnitt ihrer Geschichte in der Erinnerung löschten, tilgten sie zugleich mit dem Grauen auch die Lehren der Vergangenheit. So zielt denn der Satz einer skeptisch vertieften Geschichtsphilosophie, daß wir durch die Erfahrungen der Geschichte zwar nicht klug, wohl aber weise werden könnten, vielleicht noch zu hoch.

*

Dem Frieden zu dienen ist uns aufgetragen. So glauben wir das Vermächtnis der Toten richtig zu deuten. Sicher ist es nicht der Frieden der Ängstlichen und der nur auf ihr nacktes Leben Bedachten. Die nämlich hoffen den Körper zu retten und geben Geist und Seele preis. Denn unter dem Zugriff des totalitären Terrors ist auch der Geist schnell gebeugt und die Seele gebrochen. Soll Friede nicht doch wieder nur Friedlosigkeit bedeuten, muß er mit Freiheit untrennbar verbunden sein. So ist denn das Symbol der Friedenstaube eine schreckliche Lüge überall dort, wo viele Tausende um ihrer Liebe zur Freiheit willen Verfolgung leiden, wo sie aus der Gemeinschaft ausgestoßen sind und die Zuchthäuser füllen. Niemals kann das Vermächtnis der Toten besagen, daß auf alle Macht verzichtet werden solle, denn ohne Macht läßt sich Recht weder herstellen noch wahren; auch läßt sich ohne Macht der Frieden nicht behaupten.

Es genügt nun einmal nicht, die Waffen nicht in die Hand zu nehmen, damit uns der Friede geschenkt werde. Pazifistische Programme sind wohlgemeint, aber sie sind

wirklichkeitsfremd. Auch dort, wo einmal Idealismus sie beflügelte, schweiften sie schnell in die Irre. Deshalb auch erschienen die Pazifisten nie als wahre Boten des Friedens.

*

An keinem Tag im Jahr werden wir unerbittlicher mit unserer Vergangenheit als Volk und Nation konfrontiert als am Volkstrauertag, da wir der im Kampf Gefallenen und der im Kerker Hingerichteten gedenken. Niemals sehen wir schärfer jenen tragischen Zwiespalt, der in unserer jüngsten Geschichte aus Verhängnis und unseliger Verstrickung aufgebrochen ist, einen Zwiespalt, in den unser Volk durch eine verbrecherische Führung geraten ist.

Der letzte Weltkrieg trug wie kaum je ein anderer zuvor hohe und niedrige Züge zugleich. Wurden auch die soldatischen Tugenden des Mutes, der Treue und des Gehorsams von Verbrechern zynisch mißbraucht, so kann dies in unseren Augen doch nicht das Opfer derer schmälern, die mit der Bereitschaft zur letzten Hingabe ihr Leben ließen. Sie gaben es, wie die Soldaten aller anderen Länder, in der Zuversicht, ihr Land und ihre Familien schützen zu können gegen einen auf allen Seiten der Fronten aufgestandenen Vernichtungswillen. Dieses Opfer, dieser Soldatentod, eint unsere Gefallenen mit den Kriegstoten der anderen Völker.

Wer dieses Opfer nicht anerkennt, weil er in den Gefallenen nur Geopferte sieht, der freilich schuldet den Toten keinen Dank. Er schuldet ihnen dann nur ein Bedauern. Für wen selbstloses Opfer überhaupt nur ein Anachronismus ist, der wird freilich auch mit dem Opfergang der Widerstandskämpfer nichts anzufangen wissen, und nichts mit dem Todesmut der Aufständischen des 17. Juni. Ihm bleibe, da er sich den Toten nicht verpflichtet fühlt, auch die Frage fremd, ob sie wohl ein gemeinsames Vermächtnis hinterließen. Dieses Vermächtnis, so glauben wir, besteht. Es befiehlt uns, in der Besorgnis um die Gebrechlichkeit und Bedrohtheit eines jeden Friedens in dieser Welt wach zu bleiben. Es verlangt von uns, immerdar einzutreten für Recht, Freiheit, Menschlichkeit und Gottes ewige Gesetze, ohne die nicht einmal ein begrenzter Friede sein kann. In diesem Sinne verpflichten die Toten die Lebenden. „Mortuorum virtute tenemur . . .“

DIE SPD UND DAS EIGENTUM

von Professor Dr. Fritz Burgbacher, MdB

Es ist interessant, das Ringen innerhalb der SPD um neue Erkenntnisse zu verfolgen. Dabei scheint der Akzent nicht immer bei dem Wunsch und der Suche nach neuen Erkenntnissen zu liegen, sondern die Bemühungen scheinen vor allem darauf gerichtet, *mit den alten Grundsätzen in neuer Verkleidung endlich zum erstrebten politischen Ziel, nämlich zur Regierung zu kommen*. Daß der Wunsch einer Partei, Regierungspartei zu werden, legitim ist und demokratischen Grundsätzen entspricht, bedarf keiner Erwähnung. Daß deshalb auch Parteigrundsätze überprüft werden, ist ebenfalls verständlich. Bedenklich aber wird es, wenn man glaubt, aus der alten Konzeption des Sozialismus, ohne sie voll aufzugeben, eine neue Konzeption entwickeln zu können, die aber eigentlich auf einen ganz anderen Wirtschafts- und Sozialsystem beruhen müßte. So macht die SPD offenbar den Versuch, alte, liebgewordene Vorstellungen kollektiver Lösungen mit den Richtlinien ihres Godesberger Programms zu verbinden, auf Grund dessen sie die wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme zwar „nicht mehr anders“ als die CDU/CSU, aber doch „besser“ als diese lösen will. Um ein solches Vorhaben aber mit

einigermaßen Erfolg in die Tat umsetzen zu können, müßte die SPD zunächst einmal von ihren alten Grundsätzen gänzlich Abstand nehmen.

Man kann von den neuen Plänen sicherlich nicht behaupten, daß sie sich grundsätzlich von den älteren Plänen, wie etwa dem Gleitze-Plan, unterscheiden; beide gehen von den alten kollektivistischen Vorstellungen sozialistischer Politik aus. Es sind sicherlich Kräfte in der SPD vorhanden, die wirklich eine Loslösung vom traditionellen Programm des Sozialismus wünschen. Man gewinnt den Eindruck, daß in der SPD drei Gruppen miteinander ringen. Da ist zunächst einmal die Gruppe derjenigen, die an den alten sozialistischen Grundsätzen, insbesondere an denen der Sozialisierung und des kollektiven Eigentums festhalten. Eine andere Gruppe bemüht sich dagegen, aus der SPD eine moderne Partei mit einigen liberalen Aspekten zu machen, um so auch eine Anreizmöglichkeit für das Bürgertum zu geben. Dazwischen stehen schließlich als dritte Gruppe die „Schlaunen“, die, um die alten Anhänger zu halten, die alten Grundsätze marxistisch-sozialistischer Prägung zu

retten versuchen, die aber auf der anderen Seite gleichzeitig die alten Grundsätze in neue Gewänder kleiden möchten, um auf diese Weise neue Wähler finden zu können. Man darf wohl annehmen, daß eine solche Rechnung niemals aufgehen wird. Ein solches Verhalten kann möglicherweise sogar dahin führen, daß die alten Wähler wegen der Debatte über neue Grundsätze ihr Vertrauen verlieren und die zu gewinnenden neuen Wähler wegen der merkwürdigen Reduktion nichtsozialistischer Programme aus sozialistischen Grundsätzen heraus das notwendige Vertrauen erst gar nicht finden.

Gewaltige Machtkonzentration

Nun scheint sich auch bei den Beratungen über die Stellungnahme der SPD zu den Eigentumsproblemen unserer Zeit diese etwas schizophrene Einstellung durchgesetzt zu haben. So versucht man in der ersten Hälfte des Programms, seinen alten Grundsätzen treu zu bleiben, während man in der zweiten Hälfte neue Grundsätze propagiert. Zu einer anderen Auffassung kann man kaum gelangen, wenn man liest, daß nach den Vorstellungen der SPD eine Umverteilung des bisherigen Eigentums vorgenommen werden soll, und zwar in der Weise, daß man zunächst den bisherigen Eigentümern Vermögen wegnimmt und dieses dann in einem großen Kollektivunternehmen — praktisch einem Staatsbetrieb —, der „Deutschen Nationalstiftung“, sammelt. *Ein solches Vorgehen aber würde eine Machtkonzentration bedeuten, gegenüber der alle bereits bestehenden Konzentrationserscheinungen — die sicherlich schon kritisch zu betrachten sind — relativ unbedeutend wären.* Seitens der SPD wird man einwenden, daß diese „Deutsche Nationalstiftung“ ja nicht von privaten Unternehmen und Unternehmensgruppen beherrscht würde, sondern von den vom Staat geschaffenen Organen. *Hier begegnen wir wieder dem grundsätzlichen Irrtum, der in der Annahme besteht, daß Machtkonzentration der Privatwirtschaft höchst bedenklich, aber wirtschaftliche Konzentration in Händen des Staates unbedenklich sei. Wir sind demgegenüber davon überzeugt, daß Machtkonzentration in jeglicher Form und bei jedem Eigentümer die Gefahr des Mißbrauchs in sich birgt, daß aber darüber hinaus die staatliche Machtkonzentration, besonders dann, wenn diejenigen, die sie geschaffen haben, auch die Regierung bilden, eine ganz erhebliche Bedrohung der persönlichen Freiheit darstellt.* Aus der sogenannten „Deutschen Nationalstiftung“ kann man dann Schritt für Schritt zumindest eine bedeutende Teilsozialisierung durchführen.

Eigentumsbildung aus freiem Entschluß

Vermögensabgaben für öffentliche Zwecke, die durch Steuergesetze verordnet werden, sind ein legitimes Anliegen, wenn laufende Vermögenssteuern für laufende Ausgaben und einmalige Vermögensabgaben für einmalige besondere Aufwendungen im allgemeinen Interesse nötig sind. Eine Vermögensbesteuerung aber zur Bildung eines Sonderfonds zu benutzen und daraus eine Eigentumsverteilung an alle vorzunehmen, *entspricht nicht den Vorstellungen einer persönlichen Eigentumsbildung.* Wir verstehen unter Eigentumsbildung, daß der Einzelne aus freiem Entschluß bereit ist, Eigentum zu bilden, und sind entschlossen, ihm diesen Entschluß und die Möglichkeiten seiner Durchführung zu erleichtern. Dabei sollen alle Eigentumsformen gleichwertig nebeneinander möglich sein, wobei allerdings das klassische Geldsparen die Rolle des primus inter pares einnehmen soll. Würde die „Deutsche Nationalstiftung“ realisiert werden und einen bedeutenden Umfang annehmen, so müßte sie zweifellos als eine ernste Gefahr

für das Geldsparen, ohne das eine Volkswirtschaft nicht funktionieren kann, angesehen werden. Es ist auch ein Irrtum anzunehmen, wir würden ein risikoloses Eigentum anstreben. Jedes Eigentum ist mit einem gewissen Risiko behaftet und jeder, der Eigentümer ist oder Eigentum zu erwerben wünscht, soll die Risiken, die in der Sache liegen, erkennen. Dabei soll natürlich die Chance dem Risiko entsprechen. Das bedeutet praktisch, daß bei den risikoarmen Eigentumsformen die Gewinnchancen sich in aller Regel auf die Zinsen beschränken und bei den mit größeren Risiken behafteten Formen auch die größeren Ertragschancen gegeben sind. Wer bei der Bildung von Eigentum die Risiken verteilen will, kann verschiedene Eigentumsformen wählen oder auch Investmentpapiere kaufen, wobei aber die Investmentbank ein privates, und nicht, wie die „Deutsche Nationalstiftung“, ein staatliches Unternehmen ist.

„Nationalstiftung“ wäre größtes Unternehmen der Bundesrepublik

Soweit aus Pressenachrichten zu entnehmen ist, will die SPD entsprechend ihrem Plan dem Großvermögen etwas abnehmen, die gewonnenen Mittel in die „Deutsche Nationalstiftung“ einbringen und seitens dieser Volksaktien ausgeben, die dann zu Sozialkursen von den Bürgern erworben werden können. Bei diesem Plan tauchen sofort zwei wichtige Gesichtspunkte auf: Will man die Vermögensabgabe, die man verlangt, so gestalten, daß der Empfänger dieser Abgabe ein gesetzlich vorgeschriebener Teilhaber in dem Unternehmen wird, das die Vermögensabgabe leistet? Das würde also bedeuten, daß jedes Unternehmen, das eine Vermögensabgabe an die „Deutsche Nationalstiftung“ leistet, in Höhe dieser Abgabe einen neuen Teilhaber hat, und zwar die „Deutsche Nationalstiftung“, vertreten durch die Organe, die vom Staat eingesetzt werden. Damit würde also nicht nur in das Eigentum eingegriffen, sondern dem abgabepflichtigen Unternehmen auch ein neuer Partner aufgezwungen. Man kann sich kaum vorstellen, daß eine solche Konstruktion mit einer freiheitlichen Ordnung überhaupt in Verbindung zu bringen ist. Wenn aber jetzt die SPD ihre Pläne etwa dahin gehend interpretieren sollte, daß sie natürlich nicht daran gedacht habe, den zahlenden Unternehmen einen neuen Partner in Form der „Deutschen Nationalstiftung“ aufzuzwingen, sondern daß sie nur beabsichtige, daß diese Unternehmen etwas von ihrem Vermögen zahlen — damit würde die Zahlung also nicht in Anteilen, sondern in Geld vorgenommen —, dann würde die „Deutsche Nationalstiftung“ nicht über Sachanteile, sondern über Geld verfügen. Das würde bedeuten, daß die „Deutsche Nationalstiftung“ auch keine Volksaktien ausgeben könnte, sondern im besten Falle Volksobligationen. Und damit sind wir bei dem zweiten wichtigen Hinweis: Die „Deutsche Nationalstiftung“ ist nur dann in der Lage, aktienähnliche Papiere auszugeben, wenn sie über Beteiligungen am Sachvermögen der deutschen Wirtschaft verfügt.

Interessant ist nun, daß die „Deutsche Nationalstiftung“ sich die sogenannten deutschen Volksaktien bezahlen läßt und damit also immer die Kapitalkraft behält, die sie durch die Einzahlungen bekommen hat. *Auf diese Weise wird die „Deutsche Nationalstiftung“ in Form eines vom Staate beherrschten Unternehmens zum größten Unternehmen der Bundesrepublik.* Was soll mit dieser Kapitalkraft geschehen? Soll die „Deutsche Nationalstiftung“ Kredite an die Wirtschaft vergeben? Das würde bedeuten, daß zunächst die Vermögensbesitzer ihre Abgaben an die „Deutsche Nationalstiftung“ leisten, die

diese dann gegen sogenannte Volksaktien verkauft. Mit dem Erlös hieraus könnte dann die „Deutsche Nationalstiftung“ Kredite an die Wirtschaft geben, so daß sie nicht nur erzwungener Teilhaber, sondern auch Kreditgeber würde.

Armee trojanischer Pferde

Wenn man in Betracht zieht, daß vom deutschen Brutto-sozialprodukt etwa 40% über die öffentlichen Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden laufen und sich auch etwa 40% des deutschen Nationalvermögens in öffentlicher Hand befinden, sollte man nicht nach Möglichkeiten suchen, wie man das öffentliche Eigentum noch vergrößern kann; es käme eigentlich nur die Frage in Betracht, wie man zumindest eine relative Verkleinerung gegenüber dem privaten Eigentum erreichen kann. In einer modernen industrialisierten Wirtschaft kann man nicht mehr so weit gehen, daß man der öffentlichen Hand die berechnete Notwendigkeit, über ein bedeutendes Vermögen zu verfügen, abspricht. Dazu sind die Verpflichtungen verschiedenster Art, vor allem Sozial-, Kriegsfolge- und Verteidigungslasten, zu groß geworden; aber die Bundesrepublik liegt mit diesen 40% öffentlichen Anteils am Nationalvermögen schon an der Spitze der Kulturnationen. *Die CDU/CSU betrachtet es daher als ein dringendes Anliegen, den Zuwachs an Nationalvermögen etwa während der kommenden zehn Jahre durch gesetzliche Maßnahmen der Förderung und der Anregung in verstärktem Maße in die Hand derer zu bringen, die noch kein oder wenig Eigentum haben,*

um auf diesem Wege zweierlei zu erreichen: Eigentum in breiter Streuung in Personenhand und eine relative Reduktion des Anteils des öffentlichen Eigentums. Dabei muß immer wieder gesagt werden, daß der Entschluß zur Bildung von Eigentum nicht vom Staate, sondern von jedem Einzelnen kommen muß, und daß es Aufgabe des Staates ist, hier aufklärend und anregend zu wirken, wie er es durch die Ertragssteuer-Reform, das Sparprämien-gesetz, das Bausparprämien-gesetz, die Preussag-Privatisierung und die bevorstehende VW-Privatisierung bereits getan hat oder tun wird.

Wenn die SPD glaubt, mit einer Armee trojanischer Pferde die Mehrheit im Bundestag erobern zu können, so wird sie sich irren. Wenn nach dem Godesberger Programm die Sozialisierung abgelehnt wird und nach dem mit demonstrativer Mehrheit, fast Einstimmigkeit, wiedergewählten Vorsitzenden der IG Metall doch sozialisiert werden soll, oder wenn die SPD glaubt, es mit der Usurpierung des Begriffes „Deutsche Volksaktien“ schaffen zu können, gleichzeitig aber als Basis der deutschen Volksaktie den Gleitze-Plan mit dem nationalen Suppen-topf zu verwirklichen wünscht, dann wird diese Rechnung nicht aufgehen. Auch in der Haltung der SPD zu den Eigentumsproblemen unserer Zeit wird mit aller Deutlichkeit klar, daß die Kräfte, die eine echte Neu-orientierung in der SPD wünschen, nicht stark genug sind, um sich durchzusetzen. Aus dieser Situation heraus werden dann solche merkwürdigen Zwitter geboren, wie es bei der deutschen Volksaktie nach SPD-Vorstellung wieder der Fall ist.

DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER OSTAFRIKAS

Vortrag im Rahmen der Deutschen Afrika-Woche am 28. Oktober 1960 in Bad Godesberg

von Ministerpräsident Kai Uwe v. Hassel

I.

Zum erstenmal seit Jahrzehnten wird in Deutschland eine Afrika-Woche veranstaltet. Sie soll der Begegnung der Bundesrepublik mit der neuen afrikanischen Welt dienen, sie soll uns vertrauter machen mit den Fragen, die in diesem Kontinent zur Lösung anstehen, sie soll den Vertretern dieses Kontinents die Möglichkeit geben, Einblick zu nehmen in unsere Verhältnisse und hier unmittelbar für ihre Anliegen zu werben.

Im Rahmen dieser Afrika-Woche bin ich gebeten worden, über eine Reise zu berichten, die mich im Juli und August dieses Jahres, zum Teil gemeinsam mit dem Präsidenten der Deutschen Afrika-Gesellschaft, Herrn Dr. Gerstenmaier, durch die ostafrikanischen Länder geführt hat. Ich werde versuchen, den Schwerpunkt meiner Ausführungen aber auf die Gedanken zu legen, die ich mir während und nach dieser Reise über die Fragen der deutschen Entwicklungshilfe gemacht und die ich inzwischen mit zahlreichen mir bekannten Persönlichkeiten erörtert habe.

Präsident Dr. Gerstenmaier hatte mich gebeten, ihn zunächst durch Kenya zu begleiten und mich alsdann auf die Gebiete zu konzentrieren, die ich aus eigener beruflicher Tätigkeit in den Jahren von 1935 bis zum Ausbruch des Krieges kannte, in denen ich als Landwirt und Kaufmann gelebt habe, unter deren eingeborener Bevölkerung ich vielleicht noch manchen Bekannten wiederfinden und in denen ich vielleicht auf Grund der Tatsache, daß ich ihre Sprache beherrsche, ein offenes Gespräch führen können würde.

Mein Besuch umfaßte 8 Tage Kenya, 3 Wochen Tanganyika einschließlich Zansibars und je 4 oder 5 Tage

Uganda und Sudan. Er brachte mich in Berührung mit Regierungsbeamten und Kaufleuten, mit afrikanischen, indischen und europäischen Politikern, Parteiführern und Ministern, mit Pflanzungsaufsehern und Arbeitern, mit Ärzten, Missionaren und Pastoren, mit Professoren und Technikern, mit alten deutschen Pflanzern, mit „white huntern“ und Wirtschaftswunder-Jägern. Ich besichtigte Pflanzungen, Fabriken, Staudämme, Elektrizitätswerke; ich wurde bekannt gemacht mit einer Fülle von Projekten — vorzüglichlichen und phantastischen.

Ich war eine Woche bei den deutschen Benediktiner-Missionsstationen im fast unentwickelten Süden Tanganyikas, einige Tage bei den früheren evangelischen Missionen im Norden, die heute Glieder selbständiger afrikanischer evangelischer Kirchen sind. Ich war Gast der britischen Gouverneure oder Residenten, des Präsidenten der Republik des Sudan; ich hatte eine lange Audienz bei dem Kabaka von Buganda.

II.

Wie sieht es in diesen Ländern aus? Um sich ein Bild machen zu können, muß man einige Vorstellungen von den Größenordnungen Afrikas haben. Tanganyika ist fast viermal, die vier ostafrikanischen Länder Tanganyika, Kenya, Uganda, Zansibar sind zusammen siebenmal, der Sudan ist zehnmal so groß wie die Bundesrepublik.

In den vier ostafrikanischen Ländern leben etwa 21 000 000 Eingeborene (überwiegend Bantu), 300 000 Inder, 100 000 Araber und 100 000 Europäer. Es gibt kein einheitliches eingeborenes Volk, es gibt vielmehr eine Unzahl von Stämmen; in Tanganyika allein über 200, in Kenya über

30, in Uganda etwa 20. Die ethnologische Grundlage, die historische Entwicklung, die Veranlagung bei diesen Stämmen sind sehr unterschiedlich, so daß Stammesfehden ständig auf der Tagesordnung waren, und es auch heute noch nicht einfach ist, diese Stämme politisch zu einer größeren Gemeinschaft zusammenzuführen.

Der Ausgangspunkt der politischen Entwicklung in diesen Ländern ist also der eigene Volksstamm; in den Anfangsstadien der politischen Parteigründungen war demnach zunächst Partei mit Volksstamm identisch. Das führte zu einem völlig unübersichtlichen politischen Bild, bei dem dann große Stämme die kleineren auch politisch majorisierten. Der politische Konsolidierungsprozeß als Voraussetzung für einen erfolgreichen Weg in die Selbständigkeit mußte also bei einer Zusammenführung mehrerer, vielleicht aller Stämme in einer politischen Partei beginnen.

Tanganyika hat eine solche Zusammenführung aller Kräfte, aller Stämme in einer politischen Partei, der TANU, hervorragend zuwege gebracht, da es eine entscheidende Voraussetzung zu erfüllen vermochte, nämlich eine Persönlichkeit zu besitzen, die in der TANU unbestritten die Führung in der Hand hält: den heutigen ersten Chief Minister Dr. Julius Nyerere.

Man wird einwenden, daß es eine zweifelhafte Demokratie wäre, wenn nur eine politische Partei vorhanden sei. Demokratie setze voraus, daß man wählen könne zwischen dieser und jener Partei, zum mindesten also zwischen zwei Alternativen. Demokratie setze voraus, daß einer Regierung eine Opposition gegenüberstünde, die die Regierung kontrolliere, sie antreibe und ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte verbürge, damit nie wieder Diktatur entstehen könne. Das Land, in dem ich Ministerpräsident bin, ist das einzige Bundesland, das in seinen parlamentarischen Ordnungen dieses Miteinander von Regierung und Opposition in der staatspolitischen Verpflichtung verankert hat. Ich gerate also sicher nicht in irgendeinen Verdacht hinsichtlich meiner demokratischen Grundprinzipien, wenn ich sage, daß man europäische Maßstäbe auf afrikanische nicht anwenden kann. Für Afrika ist es zunächst ein ganz großer Vorteil, daß man sich über die Rassen hinweg, vom Eingeborenen bis zum Asiaten und Europäer, in einer politischen Partei finden kann. Konkurrierende Parteien in dieser afrikanischen Welt führen allzu leicht zu demagogischen Ausartungen, die eine gesunde Entwicklung dieser Staaten verhindern können.

Tanganyika ist auf dem Wege, den Beweis anzutreten, daß der Weg in die Selbständigkeit freigehalten werden kann von großen Erschütterungen und Chaos, die bisher Geschaffenes vernichten und den Neuaufbau um Jahre verzögern.

Als Dr. Gerstenmaier und ich am 11. Juli in Nairobi landeten, hatte der Kongo seine Selbständigkeit gerade erst 11 Tage zuvor erhalten. Drei oder vier Tage später war es zur Explosion gekommen; die ersten Flüchtlinge trafen bereits in den ostafrikanischen Nachbarländern ein. Jeder Nichtafrikaner stellte sich die Frage, ob auch für ihn eine gleiche Entwicklung kommen könnte wie drüben im Kongo, ob er bereits Pläne für die Abreise seiner Frau und seiner Kinder machen sollte, ob es sinnvoll wäre, sein Geld in sichere Gebiete zu transferieren, vielleicht sogar seine Pflanzung, sein Geschäft zu verkaufen und sein Kapital abzuziehen.

Der Unruhe auf seiten der Nichtafrikaner stand die gleiche Unruhe auf seiten aller eingeborenen Politiker gegenüber. Sie sahen in der Entwicklung am Kongo eine große Gefahr für ihr eigenes Streben nach Unabhängigkeit. Mir schien, daß sie Verständnis dafür hätten, wenn England als Treuhänder und Protektorats- oder Kolonialmacht den ostafrikanischen Ländern die Unabhängigkeit jetzt noch nicht geben, sondern diese noch weitere

Jahre mit der Begründung hinausschieben würde, daß eine Unabhängigkeit für diese Gebiete heute die gleichen Gefahren wie im Kongo heraufbeschwören würde und daher die Übergangsphase verlängert werden müßte.

Die Kritik an der Entwicklung im Kongo traf vor allem mit großer Härte die Belgier, denen man vorwarf, sie hätten die Selbständigkeit zu schnell und unvorbereitet gewährt. Die Kritik der eingeborenen Politiker war genauso hart gegenüber den eingeborenen Politikern des Kongos: Man warf Kasawubu vor, daß er sich nur um die Dinge seines eigenen Stammes im West-Kongo gekümmert habe, daß er nicht „nation-wide-minded“ gewesen, und daß Lumumba überhaupt erst vor zwei Jahren Politiker geworden sei. Man warf ihnen vor, daß sie keinerlei Team gebildet hätten, daß sich vielmehr jeder nur für sich oder seinen Stamm, nicht aber für das Ganze eingesetzt habe. Man warf ihnen vor allem vor, daß sie lediglich für die Erringung der Freiheit gestritten, sich aber mit den Fragen, die nach Verwirklichung dieses Zieles von der neuen selbständigen Nation zu lösen waren, nicht befaßt hätten.

Ganz anders sah es nun in Tanganyika und Kenya aus. Sowohl auf seiten der verantwortlichen englischen Treuhänder- oder Kolonialmacht als auch auf seiten der afrikanischen oder asiatischen Politiker bemühte man sich darum, eine Mannschaft auszubilden, die mit der Erringung der Selbständigkeit die Führung in der obersten Spitze, aber auch unten, übernehmen könnte. Man beschäftigte sich vor allem seit langem mit der Ausarbeitung der erforderlichen Pläne für Schulwesen, wirtschaftliche Maßnahmen usw. Mir war dabei höchst interessant, daß einer der Minister in Daressalaam mir sagte, diese Planungen seien so umfassend, daß sie sie nicht alle auf einmal realisieren könnten, daß sie daher Prioritäten festlegen müßten.

Aufgrund dieser kritischen Betrachtungen über die Entwicklung im Kongo und der Maßnahmen, die statt dessen zur Vorbereitung in Tanganyika und Kenya sichtbar sind, aufgrund der ganzen mehrjährigen Entwicklung bis zur gegenwärtigen Phase habe ich damals bereits mit großem Nachdruck behauptet, daß die Entwicklung im Kongo eine einmalige Episode sei, die sich in den ostafrikanischen Ländern nicht wiederholen werde. Die Entwicklung der letzten Monate, in denen in Tanganyika die Wahlen stattgefunden haben und die erste von einem Eingeborenen geführte Regierung gebildet worden ist, hat mir bislang Recht gegeben.

Ich habe mich damals darum bemüht, diese meine Auffassung zu verbreiten, weil ich eine Sorge hatte: Wenn Nichtafrikaner ihre Koffer packen, Reisevorbereitungen für ihre Frauen treffen, Geld oder Kapital abziehen und nur von einer Krise sprechen, dann bleibt alles das dem Eingeborenen in seiner engsten Umgebung nicht verborgen und wird sich durch diesen gerüchtweise immer weiter ausbreiten. Das Ergebnis wird sein, daß durch die Unsicherheit auf der einen, durch unkontrollierbare Kräfte auf der anderen Seite tatsächlich eine Krise ausgelöst wird. Ruhe hier wird also auch zur ruhigen Überlegung dort führen. Man kann, wie mir Dr. Julius Nyerere sagte, eine Krise auch durch ständiges Reden über eine Krise auslösen.

Diese positive Beurteilung gilt zunächst für Tanganyika; in Kenya sieht es etwas anders aus. Die stammesmäßige Zusammensetzung ist nicht so gleichmäßig wie im südlichen Nachbarland. Es gibt hier einen Stamm, der in seiner Größe die anderen Stämme überragt; es sind die Kikuyu, die 1952 den Mau-Mau-Aufstand begannen. Dieser Aufstand erstreckte sich über den Ausnahmezustand, die emergency, bis Ende 1959. Während unseres Aufenthaltes in Nairobi waren gerade wieder 60 der Mau-

Mau-Tätigkeit verdächtige Personen verhaftet worden. Ausgangspunkt für diesen schweren Aufstand war die Tatsache, daß ein großer Bereich des Stammesgebietes der Kikuju den weißen Siedlern in den sogenannten White Highlands vorbehalten blieb. Eingeborene durften dort nicht siedeln. Diese White Highlands sind von vorwiegend englischen Siedlern zu einem blühenden Ackerland gemacht worden: Weizen und Mais, Pyrethium, Kaffee. Es ist ein Stück alten Englands viktorianischer Zeit; tüchtige Männer haben hier im Vertrauen auf die Zusicherung ihrer Krone das Land erschlossen, aufgebaut. Aber Tatsache ist auch, daß landlose Kikuju sich dagegen wehren, daß sie von der Besiedlung dort ausgeschlossen sind. Landhunger führte dann zu jenem furchtbaren Aufstand.

Heute hat die Kenya-Regierung, haben Britischer Gouverneur und weiße und schwarze Minister einen Landreformplan aufgestellt, mit dem dieses große Problem gelöst werden soll. Der Landwirtschaftsminister in Kenya bat mich zu einer Aussprache über dieses sehr beachtliche Vorhaben. Er, einer seiner für diese Fragen ebenfalls zuständigen Kollegen und der Präsident der KANU, einer Partei, die sich vor allem aus Kikuju rekrutiert, haben die Bundesregierung vor 6 Wochen aufgesucht und über unsere Mitwirkung verhandelt.

Es ist ein sehr vielschichtiges Vorhaben, in dessen Mittelpunkt die Ansiedlung von 15 000 Kikuju-Bauernfamilien steht, nicht gegen die Weißen, nicht durch Enteignung der weißen Pflanzungen, sondern mit den Weißen: ein gemeinsamer Plan. Man hat uns um Mitwirkung gebeten, um finanzielle und um personelle. Man würde es begrüßen, wenn auch der qualifizierte deutsche Fachmann für die Mitwirkung gewonnen werden könnte. Ich halte dieses Vorhaben für eine große Tat, und ich zweifle nicht daran, daß wir helfen werden. Es kann der Ausräumung auch der letzten Spannungen zwischen Schwarz und Weiß dienen und damit auch Kenya die Gewißheit eines reibungslosen Übergangs in die Selbständigkeit geben.

Das politische Bild in Kenya ist, wie gesagt, nicht so klar wie in Tanganyika, es hat sich aber in den letzten Jahren ganz entschieden geklärt. In Kenya gibt es nicht, wie in Tanganyika, nur eine Partei, sondern mehrere große Parteien. Diese Parteien beschränken sich aber nicht mehr wie früher auf nur einen Volksstamm, sondern greifen jetzt über die Stammesgrenzen hinaus. Ich habe mich mit den Präsidenten dieser Parteien unterhalten, deren politisches Ziel das gleiche ist, die sich nur in den Wegen, vielleicht auch in den Methoden voneinander unterscheiden. Ein großes Aktivum ist, daß sich die Führer der verschiedenen Parteien zu gemeinsamen Gesprächen zusammenfinden, daß sie gemeinsam ihre Pläne für die Selbständigkeit konzipieren, und daß sie jeden Gedanken an eine neue Mau-Mau-Bewegung von sich weisen. Die Entwicklung im Kongo bedeutet sicher für alle Afrikaner eine Lehre: daß man nur dann seinem Ziele näherkommt, wenn man Vertrauen zu erwecken vermag. Denn nur das Vertrauen wird andere dazu veranlassen können, diesen Ländern in ihrer Entwicklung zu helfen. Vertrauen setzt voraus, daß unter gar keinen Umständen chaotische Verhältnisse — wie im Kongo — auch nur andeutungsweise in diesen östlichen Nachbarländern eintreten dürfen.

Ganz anders aber sieht es leider in Uganda aus. Dort stehen auf der einen Seite mehrere Könige, dabei der Kabaka von Buganda, der König des volkreichsten Stammes der Buganda, sowie eine Reihe von Stammesfürsten; auf der anderen Seite stehen heraufkommende politische Parteien. Diese Parteien aber sind noch keineswegs sichtbar; ich würde etwas überspitzt formulieren: sie bestehen zuweilen nur aus einem Präsidenten, einigen

Vorstandsmitgliedern und einem Briefkopf. Eine einzige politische Partei hat bereits einige 10 000 Mitglieder.

Die völlig unklaren politischen Verhältnisse treffen nun zusammen mit einer ersten wirtschaftlichen Situation. Das Hauptprodukt — der Robusta-Kaffee — ist preislich zerfallen und schwer absetzbar. Das nächst bedeutende Produkt, die Baumwolle, hat in diesem Jahr unter fehlendem Regen gelitten. Der Boykott des vergangenen Jahres gegen den kleinen indischen Händler hat zu einer starken Beunruhigung der Wirtschaft, zu einem Abzug indischer Kaufleute, zu Kapitaltransfer und eigentlich zu völliger wirtschaftlicher Stagnation geführt. Die unmittelbare Nähe des Kongo hat das Ihre getan. Was ich von Uganda gesehen habe, war aber fraglos ein Land, das bei guten landwirtschaftlichen Verhältnissen große Entwicklungsmöglichkeiten in sich birgt. Voraussetzung für den Weg in eine gesunde Zukunft ist, daß sich die eingeborenen Kräfte — Könige, Fürsten, Häuptlinge und Politiker — zusammenfinden und zunächst wirkliche Klarheit im politischen Bild ihres Landes erreichen. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich sehr große Sorgen um die Entwicklung in Uganda hätte, falls das Land in Kürze seine Unabhängigkeit erzwingen würde. Es müssen einfach noch eine Reihe von Jahren der Klärung vergehen; es müssen die Grundlagen geschaffen werden, wie sie in Tanganyika bereits so erfreulich erreicht wurden und wie sie sicher in Kenya auch in einer nahen Zukunft erreicht sein werden.

Ein Wort noch zu Zansibar, jener Inselgruppe, auf der 80 % aller Gewürznelken der Welt gebaut werden, und die einem vom Flugzeug aus wie eine Palmenwelt erscheint. Zansibars Wirtschaftslage ist z. Z. ebenfalls fast trostlos. Der Welt-Nelkenpreis ist völlig zusammengebrochen. Als Grund gab man mir an, daß der Hauptabnehmer Indiens aus Devisengründen angeordnet habe, daß statt der drei Gewürznelken zum Verschließen des Blattes, mit dem die von den Indern so geschätzte Betelnuß eingewickelt wird, drei Holzstäbe zu nehmen seien. Mit dem Ausfall Indiens sind die Nelken heute fast unverkäuflich. Die konservative Bevölkerung, Ureinwanderer aus Persien, die Schirati und Araber, wehren sich aber dagegen, ihre Nelken aufzugeben und stattdessen andere landwirtschaftliche Kulturen anzulegen. Die wirtschaftliche Lage ist also äußerst schwierig. Und die politische? Wie in Uganda auch hier noch kein klares Bild. Mehrere rivalisierende Parteien. Die eine von ihnen, die Nationalist Party, geführt von einem Araber, zeigt eine starke Affinität zum Osten. Angeblich 35 ihrer Angehörigen, darunter maßgebliche Vorstandsmitglieder, befanden oder befinden sich gegenwärtig noch in Peking. Ihr Weg dorthin führt zunächst unter dem Vorwand des Verwandtenbesuchs aufs Festland und dann durch die ostafrikanischen Länder zum Nil, nilabwärts nach Kairo und von dort nach Rotchina.

Diese Ostinfiltration sieht man mit großer Sorge. So klein die Insel ist, so groß ist die Gefahr, daß ein ostorientiertes Zansibar zum Einfallstor in die ostafrikanische Welt wird.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu einer Frage sagen, die im Zusammenhang mit der Selbständigkeit nach meinem Dafürhalten eine große Rolle spielen wird: der Frage einer ostafrikanischen Föderation. Politiker in Tanganyika und Kenya sind der Meinung, daß sie ihre weitreichenden Pläne nur verwirklichen können, wenn Ostafrika in einer Föderation — ich würde sagen, mindestens in einer Föderation — zusammengeschlossen bleibt. Nun ergaben sich hier z. Z. meines Besuchs Schwierigkeiten. Die eine: Wenn die Selbständigkeit für die vier Länder nicht zum gleichen Zeitpunkt erreicht wird, besteht die Gefahr, daß die schon vorhandenen gemeinsamen Einrichtungen zerbrechen: Wäh-

zung, Post, Eisenbahn, Zoll. Denn ein freies Land würde vielleicht nicht bereit sein, eine derartige Union zu unterhalten mit Ländern, die noch nicht unabhängig sind. Die andere Schwierigkeit: Der Gedanke einer Föderation. löst auch sehr schnell die Frage danach aus, wer in ihr die Führung haben würde. Nach meinem Dafürhalten ist es sicher, daß die Führung bei Dr. Julius Nyerere liegen würde. Ich bin aber genau so überzeugt, daß er die menschlichen Schwierigkeiten sieht, die von denen her entstehen könnten, die selbst in dieser Richtung Ambitionen haben. Und ein drittes möchte ich noch hinzufügen: Die vier ostafrikanischen Staaten würden gut daran tun, sich unter allen Umständen zu einer Föderation zusammenzuschließen, sie würden aber auch gut daran tun, wenn sie sich zunächst auf ihren überschaubaren, leidlich homogenen Raum beschränken und noch nicht auf andere Länder hoffen würden, die von Ostafrika durch Meeren gleichende große Seen getrennt sind. Ich glaube, daß eine größere Föderation Gefahren mit sich bringen würde, die man heute noch nicht zu meistern versteht.

In der Zwischenzeit scheinen mir alle Anzeichen dafür zu sprechen, daß der Gedanke der Föderation mit großem Nachdruck verfolgt wird.

III.

Wer diese Länder bereist, wer sich mit ihren Verhältnissen wirklich vertraut macht, weiß, daß zwei Tatsachen festliegen:

1. Diese Länder werden ihre Selbständigkeit erreichen, eine Frage ist nur noch der Zeitpunkt.

Ich würde sagen: Tanganyika vielleicht schon 1961, anschließend Kenya; Uganda um des Landes willen hoffentlich erst in einigen Jahren.

2. Das große Ziel, das diese Länder anstreben, ist eine Erhöhung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung.

Die Erhöhung des Lebensstandards setzt voraus, daß wirtschaftliche Investitionen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bringen und daß über die steigende Wirtschaftskraft auch die Steuer- und Finanzkraft der Länder wächst. Nur so werden die Länder selbst wiederum in den Stand versetzt werden, ihre staatlichen Aufgaben zu erfüllen: nämlich Schulen zu bauen, Fachkräfte auszubilden, einen Mittelstand heranzuziehen, Krankenhäuser zu bauen, die noch völlig darniederliegenden sozialen Leistungen zu heben. Der Aufbau des wirtschaftlichen Lebens erfordert Maßnahmen auf dem Gebiet, das man heute mit dem seltsamen Wort „Infrastruktur“ bezeichnet: den Bau von wetterfesten Straßen, von Brücken, die in Regenzeiten nicht vernichtet werden, von Eisenbahnen, Häfen usw.

Die Ausbildung von Facharbeitern, von Handwerkern, von Kaufleuten und Verwaltungsbeamten bedeutet die Errichtung einer Vielzahl weiterführender Schulen, vor allem aber die Verbreiterung der allgemeinen Schulbildung überhaupt. In Tanganyika dürfen heute nur noch 20 % der Kinder, die eine vierjährige Grundschule durchlaufen haben, in eine weiterführende Schule übernommen werden. Die Zahl der Krankenhäuser ist zwar sehr viel höher als vor 30 Jahren, reicht aber bei weitem nicht aus. Es ist schwer zu sagen, wo man bei diesen Aufgaben beginnen, wo man enden soll, und aufzuzählen, was alles nötig ist. Wer diese Länder bereist, der gewinnt eine Vorstellung von den Aufgaben, vor denen ihre Regierungen stehen werden. Er kehrt aber auch mit der Überzeugung nach Hause zurück, daß das Ausmaß der Hilfen, die unsere Länder diesen neuen Staaten zu geben haben, dem Bürger der Bundesrepublik völlig unbekannt ist, der sich heute — ich würde sagen, der Mode folgend — für die Unterstützung der

Entwicklungsländer einsetzt. Lassen Sie mich zunächst dreierlei feststellen:

1. Die Länder, die ich bereiste, benötigen zur Erreichung ihres weitgesteckten Zieles, den Lebensstandard ihrer Menschen entscheidend zu heben, entscheidende Hilfe.
2. Sie werden bereit sein, diese Hilfe von der westlichen Welt zu erbitten. Sie kennen die Gefahren, die sich für sie ergeben, wenn sie dem Osten den kleinen Finger reichen.
3. Diese Länder drängen aber ungestüm auf die Erreichung ihres Zieles. Das schon bei uns fast unbekanntes Wort Geduld, ist bei ihnen höchst unbeliebt. Wenn ihre Politiker sehen, daß sie von uns, der westlichen Welt, keine Hilfe bekommen, oder durch unser System bedingte Verzögerungen eintreten, werden sie gezwungen, sich an die andere Welt zu wenden, an den Osten. Schnelle Hilfe ist das schlechthin Entscheidende.

Welche Anforderungen werden an uns hinsichtlich dieser Hilfe gestellt?

Da ist einmal die Unterstützung auf dem Gebiet der Schulen, vor allen Dingen auf dem Gebiet der Berufsschulen, Fachschulen usw. Da ist zweitens die Hilfe auf dem Gebiet der Infrastruktur, also für die großen Verkehrerschließungsmaßnahmen. Und da ist drittens und vor allem die Aufgabe der eigentlichen Wirtschaftsförderung.

Lassen Sie mich zunächst einiges über das Ausbildungswesen sagen. Ich skizzierte, daß das allgemeine Schulwesen noch völlig unzureichend ist. Damit wird sich jede neue Regierung sehr sorgfältig beschäftigen müssen. Es ist aber nicht damit getan, daß der Eingeborene nach vier Grundschuljahren im zehnten oder elften Lebensjahr zurück in den Busch entlassen wird. Er muß angehalten werden, sich weiter zu bilden, er muß möglichst ein Handwerk erlernen oder einen anderen wirklichen Beruf.

Hier ist nun eine große psychologische Schwierigkeit zu überwinden: Jungen, die Grundschule und weiterführende Schule und Handwerkerschule durchlaufen haben, glauben vielfach, daß sie mit dieser Ausbildung ein Anrecht hätten auf eine Funktion am Schreibtisch, daß sie nur noch Verantwortung zu tragen, nicht aber selbst praktische Arbeit zu leisten brauchten. Es ist in allen Ländern ein ganz schwieriges Problem, als Handwerker ausgebildete junge Menschen davon zu überzeugen, daß sie auch als Handwerker tätig sein müßten. Sie meinen vielfach, daß mit dieser Ausbildung für sie das eigentliche Handarbeiter-Dasein beendet wäre. Ich meine, daß die Ausbildung zum Handwerker ihren Zweck verfehlt, wenn man sich nicht gleichzeitig auch um die Formung des Menschen, um seine Geisteshaltung bemüht.

Das soll keine Kritik an bestehenden Regierungsschulen für Handwerker sein, aber mir ist immer wieder berichtet worden, daß die Absolventen dieser Schulen ein wenig hoch gestochen seien und danach — fast wie bei uns — einen Anspruch auf Anstellung mit Monatsgehalt zu haben glaubten. Anders sieht es auf den Missions-Handwerkerschulen aus. Dort wird, so scheint mir, in einem erheblichen Umfang der selbständige Handwerker auch vom Menschlichen her geformt. Ich habe die technischen Schulen der deutschen Benediktiner-Mission im Süden Tanganyikas besichtigt, die mit ausgezeichnetem deutschen Lehrpersonal den Schülern nicht nur eine Berufsausbildung, sondern auch ein tiefgreifendes, sittlich verankertes Weltbild vermitteln. Ich habe Ähnliches in den evangelischen Kirchen von Nord-Tanganyika gesehen. Ich würde meinen, daß wir sehr gut beraten wären, wenn wir diese vorzüglichen Ansätze ausbauen würden, wenn wir neben der Hilfe an die betreffenden Regierungen für alle Arten technischer Schulen

auch katholischen und evangelischen Einrichtungen unsere Hilfe gewährten. Ich habe mich mit dem Chief Minister Dr. Nyerere über diese Fragen unterhalten, der selbst praktizierender katholischer Christ ist und dessen Ministerkollegen zu einem wesentlichen Teil Christen der beiden großen Konfessionen sind. Sicher wollen sie die eigenen Regierungsschulen wesentlich ausbauen; sie wissen aber um die großen Leistungen der christlichen Kirchen und wünschen, daß ihre Arbeit nicht vermindert, sondern verstärkt wird. Ich gebe offen zu, daß ich in meinen eigenen Afrika-Jahren den Missionen gegenüber eine gewisse Skepsis gehabt habe. Was ich heute aber an Arbeit der christlichen Kirchen draußen gesehen habe, ist so hervorragend, daß ich meine Auffassung korrigiert habe und uneingeschränkt hoffe, daß die Arbeit der christlichen Kirchen zum Wohle dieser Länder fortgesetzt werden möge.

Das nächste Gebiet ist das der Hilfe für die Strukturmaßnahmen. Anleihen, Darlehen — bilateral oder multilateral — sind in großem Umfange erforderlich. Ich möchte diese Frage hier nur andeuten.

IV.

Diese Hilfestellung ist aber nur ein Teil, und nicht einmal der entscheidende Teil. Das Wichtigste bleibt meiner Meinung nach die Stärkung der Wirtschaft dieser Länder. Es sind Agrarländer, mögen ihre Produkte nun Sisal, Kokos, Cashew nuts, mögen es Kaffee, Tee, Kakao, Baumwolle, Zucker oder Reis sein: die Grundlage dieser Länder ist die landwirtschaftliche Produktion für den Eigenbedarf und den Export in die Weltmärkte, um daraus Devisen zu erlösen. Fabriken gibt es bisher ausschließlich für den örtlichen Bedarf. Eine industrielle Produktion für den Export ist mir nicht begegnet, mit Ausnahme der industriellen Verarbeitung etwa des anfallenden Fleisches zu Konserven für den Export. Die Bodenschätze sind nach meinem Dafürhalten bisher nicht annähernd erforscht; außer Gold und Diamanten ist wesentlicher Bergbau noch nicht vorhanden.

Was kann geschehen, um die Wirtschaftskraft zu steigern?

Da ist einmal die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die in der Welt Absatzmärkte hat: beispielsweise Sisal, Kaffee — soweit es Qualitätskaffee ist —, Tee, Kakao, Baumwolle, Rhizinus. Da ist weiterhin die Eigenproduktion zur Verminderung der bisher erforderlichen Einfuhr: Zucker oder Reis. Da ist nicht zuletzt die Erforschung neuer Absatzmöglichkeiten für Veredelung schon bekannter landwirtschaftlicher Produkte. Im industriellen Bereich gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, die gegenwärtig notwendigen Einfuhren durch Eigenproduktion zu vermindern, sie sind aber zunächst begrenzt auf kleinere, vielleicht mittlere Unternehmungen. Industrielle Großvorhaben sind z. Z. sicher unzweckmäßig.

Bei aller meinen Überlegungen gehe ich davon aus, daß Vertrauen in diese Länder gewonnen werden muß, und daß Fehlanlagen, die nachher nicht reüssieren, zu einer Beeinträchtigung des neu zu gewinnenden Vertrauens führen können. Es muß also volkswirtschaftlich genau untersucht, durch Marktanalysen geklärt und sorgfältig geplant werden, damit sich nicht das Fiasko des berühmten „ground nut scheme“ der ersten Nachkriegsjahre in Tanganyika wiederholt.

Die Gründung geeigneter Betriebe, von Großpflanzungen etwa für die obengenannten landwirtschaftlichen Produkte oder kleinerer und mittlerer industrieller Vorhaben, die so dringend von den neuen Regierungen ge-

wünscht werden, hat, wie gesagt, zur Voraussetzung, daß der private Investor in diese Länder begründet Vertrauen setzen kann.

Ich habe daher unlängst einen Gedanken zur Diskussion gestellt, den ich hier noch einmal darlegen und begründen möchte und der den Zielen dient:

1. die Wirtschaft der Entwicklungsländer entscheidend zu stärken und damit diesen Ländern wirklich zu helfen;
2. das Vertrauen in die neuen Länder so zu vertiefen, daß sich die deutsche Wirtschaft bereit finden wird, sich am Aufbau zu beteiligen;
3. die erforderliche große Wirtschaftshilfe aus öffentlichen Geldern des Bundes einzusetzen, ohne daß der unendlich komplizierte, schwerfällige, zeitraubende Mitwirkungs- und Kontrollapparat der Regierung ständig in Tätigkeit zu treten hat;
4. geeignete Tropen- und Subtropen-Fachkräfte für alle Bereiche zu finden, vor allem jungen deutschen Nachwuchs heranzubilden.

Ich habe also vorgeschlagen, eine bundeseigene Entwicklungsgesellschaft, die „Deutsche Entwicklungsgesellschaft“, zu gründen.

Lassen Sie mich das im einzelnen erläutern:

1. Man wird mich fragen, warum ich eine staatliche Gesellschaft will und das Ganze nicht der privaten Wirtschaft überlasse. Ich möchte sehr deutlich antworten: Ich will erreichen, daß die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik schneller realisierbar ist, als bisherige Beispiele gezeigt haben, in denen der Einzelne oder das einzelne Unternehmen die Mitwirkung des Bundes benötigte. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, wer alles an Maßnahmen mitwirken muß, die von einer Regierung erbeten werden. Das sind meistens drei, vier oder fünf Ressorts, das sind Regierungsausschüsse und oftmals auch parlamentarische Instanzen. Das sind die langen Wege über Mitwirkungs- und Anhörungspflichten und -rechte sowie Kontrollen von Rechnungshöfen. Wer immer sich etwa mit der Realisierung von Vorhaben auf Grund des § 85 des allgemeinen Kriegsfolgengesetzes beschäftigt hat, dem ist der monate-, zum Teil jahrelange Weg bekannt, den Antragsteller zu gehen haben. Ich bestätige wirklich gern, daß sehr viel guter Wille bei dener, vorhanden ist, die mitzuwirken haben. Der Weg aber, den die andere Seite zu gehen hat, die unternehmerische Initiative, ist so langwierig, zeitraubend, enttäuschend, daß man entweder in der Erkenntnis aufgibt, daß es nach diesem ausgeklügelten, komplizierten System einfach keine Realisierung in einem überschaubaren Zeitraum gibt, oder daß man am Ende dieses Weges feststellen muß, daß in der Zwischenzeit sich ein anderer, vielleicht der Osten, des Projektes bemächtigt hat.

Ich bin Chef einer Regierung. Der Volksmund nennt unsere Mitarbeiter Bürokraten. Diese Mitarbeiter werden meinen Kollegen und mir zubilligen, daß wir uns wohl ganz uneingeschränkt zu ihnen bekennen, uns vor sie stellen. Das schließt aber nicht aus, hier mit allem Ernst zu erklären, daß viele Entscheidungen dadurch ganz unerträglich verzögert werden, daß „jeder mitreden will“.

Weshalb sage ich all das in diesem Zusammenhang?

Aus den vielen Unterhaltungen in Afrika ist mir ein Wort eines auch in Deutschland bereits hervorragend bekannten Ministers haften geblieben: „We get impatient.“ Wenn die afrikanischen Länder ihre Pläne nicht schneller realisieren können, wird der Ostblock die Ungeduld ausnutzen und bei den Möglichkeiten seines totalitären Systems in diese Planungen einbrechen und den Westen ausrunden können.

Mein Gedanke ist dieser: eine Form zu finden, die es der Regierung und dem Parlament ermöglicht, auf das Übermaß ihrer Mitwirkungsfunktionen zu verzichten, eine Konstruktion zu finden, die Gewähr dafür bietet, daß Regierung und Parlament dieser Gesellschaft die erforderlichen hohen Beträge des Staates zur Verfügung stellen. Schnelles, verantwortungsbewußtes, unbürokratisches Handeln setzt auch eines voraus: daß Rechnungshöfe das Ganze nicht behindern. Ich bekenne mich zur Gewaltenteilung, ich halte drei Gewalten aber für ausreichend; die Opposition ist nicht die vierte Gewalt und der Bundesrechnungshof nicht die fünfte.

2. Wo wirkt nun die Privatwirtschaft mit? Die Realisierung der einzelnen wirtschaftlichen Vorhaben stelle ich mir so vor, daß diese „Deutsche Entwicklungsgesellschaft“ für jedes einzelne Objekt eine Tochtergesellschaft gründet, an der sich der für dieses Unternehmen geeignete deutsche Wirtschaftszweig, die neue selbständige Regierung, heranwachsende Wirtschaftskreise des selbständigen Landes oder auch andere europäische Gruppen beteiligen können, die sich für Afrika mitverantwortlich fühlen. Es bedarf nicht der Betonung, daß die „Deutsche Entwicklungsgesellschaft“ und ihre Tochtergesellschaften nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu leiten sind.

Lassen Sie mich noch einmal unterstreichen, daß mit dieser Konstruktion die Möglichkeit eröffnet wird, durch eine Kombination aus privater Initiative, afrikanischer Mitwirkung und bundesstaatlicher Beteiligung alle geeigneten Projekte durchzuführen, ohne daß zu jeder Entscheidung die Reihe der Bundesressorts zu hören ist. Nur so kann man erreichen, daß vernünftige Objekte schnell realisiert werden.

Dazu noch ein weiteres: Die Bundesgesellschaft wird sich in dem Ausmaß mit Eigenkapital an ihren Tochterunternehmen zu beteiligen haben, wie es nicht möglich ist, anderes Kapital schon zu Beginn des Tochterunternehmens heranzuziehen, weil vielleicht eine Rendite nicht rasch genug absehbar ist oder für die private Wirtschaft das Risiko doch noch zu groß erscheint. Es wird vielleicht sogar Tochtergesellschaften geben, bei denen sich aus diesen Gründen zunächst niemand beteiligt, die aber unter Berücksichtigung des Gesamtkonzeptes wünschenswert und vernünftig wären. Im übrigen halte ich es durchaus für möglich, daß nach Anlauf und Konsolidierung der so gegründeten Betriebe die Beteiligung der Bundesgesellschaft eines Tages vermindert oder gar abgestoßen werden kann.

3. Will man denn überhaupt unmittelbare Mitwirkung? Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Satz anfügen zu einer Rede, die der Bundestagsabgeordnete Dr. Vogel bei der Eröffnung der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer in der Villa Borsig in Berlin gehalten hat. Dr. Vogel regte an, eine Stelle für einen Staatssekretär zu schaffen, der

1. zwischen Bund und Ländern einen Verwaltungsvertrag zustande bringen,
2. die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sicherstellen und
3. mit den vielen neugegründeten Staaten einen direkten Kontakt durch Besuche herstellen solle.

Dieser Staatssekretär sei erforderlich, um den Staaten gegenüber mit einer entsprechenden Rangordnung und auch gegenüber der Wirtschaft mit dem nötigen Schwergewicht aufzutreten.

Was wir brauchen, ist, so scheint mir, nicht jemand, der mit Schwergewicht gegenüber der Wirtschaft auftritt, sondern jemand, der mit der Vollmacht des Staates ausgestattet, aber nicht als einer seiner Beamten von ihm

durch etwaige Mitwirkungsrechte gebremst wird. Er soll im übrigen mit und nicht gegenüber der Wirtschaft auftreten.

Man wird vielleicht einwenden, daß aufgrund der historischen Entwicklung in diesen selbständigen Ländern zwar das Geld der westlichen Welt, nicht aber der Europäer selbst als Leiter oder als Mitarbeiter gewünscht werde. Meine Erfahrungen in den fünf bereisten Ländern sprechen, keinesfalls für diese These.

Eine Ausnahme nur: Man wünscht — wie mir Dr. Julius Nyerere sagte — nicht den weißen Einzelsiedler. Man befürchtet, daß mit einer Neuansiedlung des kleinen Pflanzers oder Farmers politische Schwierigkeiten entstehen könnten, und die will man — verständlicherweise — vermeiden. Im übrigen glaube ich aber, daß die selbständig werdenden Völker inzwischen erkannt haben, daß ihr Aufbau sehr viel schneller und sehr viel stabiler sein wird, wenn er „multiracial“ erfolgt, d. h. nicht gegen die weiße oder asiatische Rasse, sondern mit ihr. Jeder, der sich für diese Länder einsetzt oder sich in ihnen betätigt, weiß, daß Loyalität gegenüber ihren Regierungen einfach Grundsatz sein muß. Nicht zuletzt die Deutsche Afrika-Woche hat sichtbar gemacht, daß niemand in der Bundesrepublik einen Weg beschreiten würde, der an das koloniale Zeitalter auch nur in Anklängen erinnern könnte. Unser aller Wunsch ist es, diesen Völkern auf ihrem schwierigen Wege zu helfen. Ich glaube auch, daß es möglich ist, sich mit diesen Regierungen darüber einig zu werden, daß Entwicklungshilfe Gegenseitigkeit voraussetzt. Wer unsere Mithilfe erwartet, sollte bereit sein, auch unsere Mitarbeiter freudig aufzunehmen. Wer nur unser Geld will, uns selbst aber nicht zu sehen wünscht, muß sich darüber im klaren sein, daß dies möglicherweise unsere Bereitschaft, die Bereitschaft des deutschen Steuerzahlers, ihm ehrlich zu helfen, beeinträchtigen wird. Im übrigen meine ich, daß wir uns nicht zu schämen brauchen, daß wir Weiße sind.

4. Stehen schließlich die Menschen für diese Aufgabe zur Verfügung? Diese Frage beinhaltet schon den Einwand, daß man in unserem Wirtschaftswunderland vermutlich gar keine Menschen mehr habe, die hinausgehen könnten oder bereit wären, hinauszugehen, um für diese Gesellschaften in Tropen und Subtropen zu wirken, die ihnen viele Entbehrungen und Erschwernisse aller Art bringen werden.

Dieser Einwand ist sicher gewichtig. Das Problem, das mit dieser Frage aufgegriffen wird, die personelle Seite der Entwicklungsaufgaben also, ist äußerst schwierig, denn wer sich draußen auskennt, wird leider zugeben müssen, daß vielleicht schon in 10 Jahren kein deutscher Fachmann für tropische Landwirtschaft mehr vorhanden sein wird.

Sollte man aber nicht in der Lage sein, der heranwachsenden Generation klarzumachen, daß in einem Volk, auch in der Bundesrepublik, junge Menschen sein müssen, die noch bereit sind zum Wagnis? Wenn bei uns die Bereitschaft zum Wagnis er stirbt, junge Menschen nicht mehr gewillt sind, hinauszugehen in die Welt, sich dort den Wind um die Nase wehen zu lassen und eines Tages zurückzukehren mit weiten Erfahrungen, dann werden bei uns schließlich Spießbürgertum und provinzielles Denken vorherrschen. Mit beidem wird man auch unsere Welt, die Bundesrepublik, auf die Dauer nicht in Ordnung halten; und nur von Konferenz zu Konferenz zu fliegen, reicht nicht mehr aus.

Man muß es einmal erlebt haben, wie die für die Tropen geschulten Leute des Ostblocks auftreten, sich überall hineinschieben und Lücken ausfüllen, weil diese Lücken nicht von uns geschlossen wurden. Das Denken in gesicherten Lebensbereichen der Bundesrepublik wird

überflüssig werden, wenn die übrige Welt aus den Fugen gerät. Auf daß sie nicht aus den Fugen gerate, seien unsere jungen Menschen aufgerufen, ihre Aufgabe auch draußen zu sehen und zu übernehmen.

V.

Die Ausbildung unserer Menschen für die Tropen hat aus verständlichen Gründen fast 20 Jahre hindurch brachgelegen. Mit großen Mühen ist es bisher nur gelungen, das vorzüglich bewährte alte Institut in Witzenhausen für die Ausbildung tropischer Landwirte wieder zu eröffnen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn dabei aber zunächst viel Mißtrauen Pate stand: in den alten Namen, der auf koloniale Tätigkeit verweist, in die Personen, die es trugen, in die rechtliche Form, die man ihm vor 6 Jahrzehnten gab. Erschwerend kamen hinzu die föderative Struktur der Bundesrepublik und die Länderzuständigkeiten. Die Bundesregierung hat geholfen. Der Etat wird in diesem Jahre verstärkt, aber selbst der verstärkte Etat ist bei weitem zu gering. Ich hoffe, daß das Vertrauen in dieses neue Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft sehr bald wachsen möge, damit wir einen Mittelpunkt gewinnen für die Heranbildung der dringend erforderlichen Fachkräfte vom staatlich geprüften Landwirt bis zum Diplom-Landwirt. Ich bin in Afrika immer wieder auf die großen Schwierigkeiten angesprochen worden, die sich auch bei der Gewinnung anderer deutscher Mitarbeiter ergeben. Meist geht die Bereitschaft einer qualifizierten Kraft, hinauszugehen, dann verloren, wenn überlegt werden muß, ob man später, nach drei oder fünf oder zehn Jahren, wieder nach Deutschland zurückkehren kann, sei es aus Gründen der Gesundheit, sei es, weil man für seine Kinder eine Ausbildung im Rahmen der Familie in Deutschland wünscht. Z. Z. ist dieses Problem noch ungelöst.

Bei den Überlegungen in bezug auf die Entwicklungshilfe möchte ich an dieser Stelle eines betonen. Die gesamte Entwicklungspolitik muß vom Bund konzipiert, zusammengefaßt und vertreten werden. Ich hielte es für abwegig, wenn etwa die elf westdeutschen Länder eigene Entwicklungspläne betreiben, wenn also Schleswig-Holstein einen Plan für Ostafrika, mein Freund Kiesinger einen für Kamerun oder Togo oder die Hessen einen für Ghana machen würden. Es kann nur eine gemeinsame Bundesaufgabe bleiben, damit in diesen Ländern nicht heillose Verwirrung dadurch angestiftet wird, daß dort die Bundesrepublik, außerdem ihre einzelnen Länder und schließlich die Sowjetzone auftauchen.

Aber die Länder müssen mitwirken, der Bund kann es nicht allein. Ich habe lange darüber nachgedacht, wie diese Mitwirkung der Bundesländer geschehen könnte. Denn: unmittelbare finanzielle Beteiligung löst bekanntlich sofort Fragen der Finanzverfassung aus, bringt das Beteiligungsverhältnis an den Steuern zwischen Bund und Ländern in Bewegung. Das weitere Ergebnis meiner Reise ist nun ein Plan, der die personelle Seite der Entwicklungshilfe einen ganz entscheidenden Schritt weiterbringen kann. Und hier können und sollten die Bundesländer ihre erste, aber wohl außerordentlich wichtige Mitwirkung leisten — denn es sind Bedienstete aus den Länderverwaltungen, die man draußen braucht: Techniker und Ingenieure für Wasserwirtschaft und Straßenbau, für Vermessungs- und Katasterwesen, für allgemeine Landwirtschaft und Siedlung usw.; es sind Ärzte und Röntgenologen aus unseren Kliniken, es sind Wissenschaftler unserer Universitäten, es sind Lehrer aller Art.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat in Verfolg dieses Planes nunmehr Vorsorge getroffen, daß in ihren Landeshaushalt eine gewisse Zahl von Planstellen eingesetzt wird für Beamte und Angestellte, die

bereit sind, an solchen Aufgaben in den Entwicklungsländern für kürzere oder längere Zeit zu wirken. Wir sind bereit, selbst angesichts des Mangels an Kräften für die eigenen Landesaufgaben Wissenschaftler, Techniker, Agrarexperten, Ärzte, Lehrer usw. nach Afrika zu schicken. Sie behalten im Landeshaushalt ihre Planstellen. Aus diesen Planstellen können sie einen Teil ihres Gehaltes zur Sicherung ihrer Familien in Deutschland erhalten, falls besondere Umstände dazu zwingen. Sie können drei oder fünf oder zehn Jahre nach Kenya oder Tanganyika gehen, sie wissen, daß ihnen hier gegebenenfalls eine gewisse finanzielle Hilfe zu ihrem dortigen Gehalt zur Verfügung steht. Sie wissen vor allem, daß sie in ihre Heimat, auf ihre freigehaltene Planstelle zurückkehren können. Ich glaube, daß dies eine schlechthin entscheidende Maßnahme ist, um endlich qualifizierten Menschen den Weg in die Entwicklungsländer zu ermöglichen. Möge aber jeder sich im klaren sein, daß es nur tüchtige, vor allem charakterlich einwandfreie sein dürfen. Nach Afrika darf man niemanden abschieben.

Die Ausbildung geeigneter Kräfte verlangt übrigens noch eine weitere Überlegung: Es muß auf die Dauer möglich sein, eigene, vor allem landwirtschaftliche, Forschung in Tropen und Subtropen zu betreiben. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn die Bundesregierung daran denken würde, mit den entscheidenden neuen Ländern eine Vereinbarung dahingehend zu treffen, daß wir eigene deutsche landwirtschaftliche Forschungsanstalten und Versuchsstationen oder andere Institute in diensen Ländern errichten, daß wir dort Möglichkeiten zur Forschungsarbeit und zur Ausbildung unseres eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses erhalten, bevor er wieder in die Bundesrepublik zurückkehrt. Um es zu konkretisieren: Angesichts der großen Unterschiede in Struktur und Klima halte ich es für sinnvoll, je eine Forschungsanstalt in Ostafrika und im westlichen Afrika zu errichten und sie — im engen Einvernehmen mit der Regierung des neuen Landes — unter allen Umständen selbst zu unterhalten und zu betreiben. Diese Forschungsstationen wird man übrigens auch koppeln können mit einer Landwirtschaftsschule, die die Bundesrepublik für das betreffende Land erstellt und ihm mit der Möglichkeit überträgt, in dieser Landwirtschaftsschule auch selbst mitzuarbeiten.

Sie werden mich fragen, woher ich die Mittel für diese riesigen Entwicklungsaufgaben einschließlich der Mittel für die Entwicklungsgesellschaft zu nehmen beabsichtige. Ich bekenne, daß ich dazu heute noch keinen abschließenden Vorschlag machen kann. Ich glaube, man wird aus vielen Überlegungen heraus eine Mischform finden müssen. Da ist einmal die Bereitschaft der Industrie, eine Anleihe zu zeichnen; da ist zum zweiten ein Vorschlag, einen besonderen Zuschlag zur Einkommensteuer einzuführen, das Aufkommen aus dieser Steuer aber als eine zu verzinsende Anleihe zu behandeln; da sind drittens Überlegungen, überhaupt eine neue Steuer einzuführen.

Es ist zunächst völlig abwegig, davon auszugehen, man könne ohne große Mittel aus dem Bundeshaushalt davonkommen. 100 Millionen für technische Hilfe ist das eine, Beträge für kulturelle Hilfe das andere. Beides zusammen aber ist nur ein Teil, ein Bruchteil der erforderlichen Beträge überhaupt. Ich glaube daher, daß wir ohne eine Steuer diese Leistungen nicht werden vollbringen können. Es wäre sicher wünschenswert, diese Steuer mindestens zum Teil als Anleihe zu behandeln, damit jeder Steuerzahler durch eine solche Anleihe, durch das Dokument, das er in die Hand bekommt, auch unmittelbar Kontakt mit der zu entwickelnden Welt gewinnt. Wenn er diese Steuer zahlen muß und für einen Teil seiner Leistung ein verzinsliches Anleihe-

papier bekommt, dann gewinnt er vermutlich zu dem hier anstehenden und für sein eigenes Schicksal so entscheidendes Problem ein anderes Verhältnis. Bei der Frage einer derartigen Anleihe muß man aber berücksichtigen, daß ein noch nicht übersehbarer Teil der Hilfen für die obigen Aufgaben unrentierlich bleiben wird. Ich glaube, daß man aus allen diesen Überlegungen die Synthese finden muß, über die man auch im Wahljahr 1961 sprechen kann. Eine Steuer für Entwicklungsländer ist keine politische Frage, mit der die SPD oder die CDU einen Wahlkampf bestreiten dürfte. Wenn wir mit der Lösung dieser Fragen warten, bis einmal nicht gewählt wird, dann brauchen wir uns über Entwicklungshilfe nicht mehr unterhalten: Der Osten wird dann längst in die Risse eingedrungen sein, die durch solche Kontroversen in der westlichen Burg entstanden sind.

Lassen Sie mich hinzufügen: Mancher Brief, der mich erreichte, übt an der Entwicklungshilfe noch aus einer anderen Sicht heraus Kritik. Man sagt, daß noch soviel Not im eigenen Volk zu beseitigen wäre, „bevor man sein Geld für die Neger ausgibt“. Ich möchte denen, die so schreiben, sagen, daß sie sich wohl keine Vorstellung von dem Lebensstandard, der ungeheuren Not, dem Hunger in der Welt machen. Ich nehme für mich in Anspruch, die Verhältnisse in Deutschland bis in diese Details zu kennen, und ich muß deutlich erklären, daß selbst die traurigsten Einzelfälle bei uns noch nicht den Vergleich mit der allgemeinen Lage in den Entwicklungsländern aushalten.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort sagen zur Koordinierung. Trotz einer allenthalben sichtbaren starken Bereitschaft, sich für Entwicklungsländer und Entwicklungshilfe einzusetzen, ist die Zahl der Menschen sehr begrenzt, die etwas davon verstehen. Man sollte sich daher weder verzetteln noch Doppelarbeit leisten.

Es ist vielmehr schnell und vermutlich mit recht harter Hand zu koordinieren. Koordinieren bedeutet nämlich, daß der eine oder andere seine bisherigen Kompetenzen aufgeben muß. Seltsam, aber das tut niemand gern. Schnell geschieht etwas nur, wenn wenige mit großer Bereitschaft zur Entscheidung handeln können. Koordinieren bedeutet, daß einheitliche Grundlinien verfolgt werden, sonst laufen wir zu leicht auseinander und stiften bei der Vielfalt der Überlegungen und Äußerungen und dem Beginn mannigfacher und verschiedenartiger Besuche in Afrika und in Deutschland drüben nur Verwirrung.

Ich meine:

1. daß das Auswärtige Amt die Federführung in allen Entwicklungsfragen,
2. daß es eine hervorragend besetzte Entwicklungsabteilung haben muß.
3. daß der Auswärtige Dienst in den Entwicklungsländern mit erstklassigen diplomatischen Kräften besetzt sein muß. Bei jungen Völkern mit an Lebensjahren jungen Politikern wird man auch auf diese Seite Rücksicht nehmen müssen.
4. daß die deutschen diplomatischen Vertretungen in erster Linie Verständnis für wirtschaftliche Fragen aufbringen müssen, da ihre Wirksamkeit sonst unzureichend ist.
5. daß auch außerhalb der Regierung eine Koordinierung erreicht werden muß zwischen Gesellschaften und Vereinen, Organisationen und Universitäten. Nur so kann man eine Übersicht gewinnen über die gesamte Personalfrage, über Fragen der Stipendien und der Stipendiaten, über Fragen der Forschung.

Was ich dargelegt habe, ist gewiß nicht der Weisheit letzter Schluß, vielleicht ist es aber ein Beitrag zu diesem unerhört wichtigen Thema, das heute auch das deutsche Volk in allen seinen Schichten auf das Ernsthafteste beschäftigen sollte.

CHRISTLICHE EXISTENZ IN MITTELDEUTSCHLAND

Vor der Landessynode der Evangelischen Kirche in Pommern gab Bischof D. Krummacker Anfang November in Greifswald einen ausführlichen Lagebericht, der mehr als regionale Bedeutung hat; er betrifft in den Grundzügen alle Landeskirchen in Mitteldeutschland, die Bischof Krummacker, der Vorsitzende der Kirchlichen Ostkonferenz, auch gegenüber den staatlichen Stellen repräsentiert.

Mit Sorge sprach der Bischof u. a. davon, daß an 40 Orten des pommerschen Kirchengebietes keine geordnete Christenlehre erteilt werden könne, und zwar an 12 Orten aus Mangel an katechetischen Kräften und an 28 aus Mangel an Raum. Wenn es nicht möglich sein sollte, von christlichen Familien einen Raum zur Verfügung gestellt zu bekommen, so seien die staatlichen Stellen immer wieder darauf hinzuweisen, daß die christliche Unterweisung getaufter evangelischer Kinder zu der in der Verfassung garantierten und im Kommuniqué vom Juli 1958 bekräftigten Zusage ungestörter Religionsausübung gehöre. In diesem Zusammenhang kam der Bischof auf Schule und Erziehung zu sprechen: „Gewiß haben wir allen Grund, als Christen in unserem Land und unserem Staat, dessen Bürger wir sind, immer wieder die Stimme zu erheben gegen die für die Freiheit christlichen Glaubens unerhört schwer zu tragende Tatsache, daß wir gesetzlich gezwungen sind, unsere Kinder in Schulen zu schicken, die nach ihrem Lehrplan auf dem Boden einer atheistisch-materialistisch-marxistischen Weltanschauung stehen. Diese Feststellung hat für uns nichts mit Politik zu tun, sondern kommt aus der tiefen Verantwortung, die wir als Christen für unsere getauften Kinder tragen . . . Christen können ihre Kinder nicht im Geiste einer athe-

istischen Weltanschauung, sondern nur im Geiste des Evangeliums erziehen.“

Ein „ganz neues seelsorgerisches Gewicht“ maß der Bischof den kirchlichen Amtshandlungen in dieser Zeit bei: „Wir gehen einer neuen Form von Kirche entgegen, deren Gestalt wir noch nicht kennen, in der es aber heute schon des persönlichen Entschlusses und Bekenntnisses bedarf, wenn man seine Kinder taufen und konfirmieren, wenn man sich kirchlich trauen und seine Verstorbenen christlich begraben läßt, während man daneben mit vielen Verlockungen zu atheistischen Feiern und Weihehandlungen, einer Ideologie ohne Gott, eingeladen wird.“ Hier lägen große Möglichkeiten für eine Kirche der Seelsorge, die zugleich „Volkskirche einer neuen Art“ sei, indem sie für jeden zu brüderlicher Gemeinschaft offenstehe und zur Praktizierung dieser Gemeinschaft neue Wege seelsorgerischer Verantwortung in Besuchsdiensten, Zurüstung der Laien, Pflege des Hauskatechumenats u. a. gehe.

Zur Frage der Konfirmation erklärte der Bischof, „daß es nicht so sehr um die Konfirmationshandlung, als vielmehr um die seelsorgerische Ausrichtung des gesamten Unterrichts, um die seelsorgerischen Gespräche mit den Kindern und die seelsorgerischen Besuche bei den Eltern geht“. Dabei dürfe nicht die Wahrheit verdunkelt werden, „daß man eben nicht gleichzeitig zu einer auf atheistisch-weltanschaulicher Grundlage ruhenden Weihehandlung Ja sagen und sich zum Glauben an den lebendigen Herrn Christus bekennen kann. Oder mit anderen Worten: Aus seelsorgerischer Liebe sagen wir Ja zu den getauften Kindern, die sich zu unserem

Schmerz, auch gegen den Rat der Kirche, der Jugendweihe unterziehen, und sagen gleichzeitig in christlichem Wahrheitseinstehen nach wie vor unser Nein zu der atheistischen Jugendweihe. Dieses Ja und Nein zugleich kann aber nur dann glaubhaft bezeugt werden, wenn zum mindesten ein spürbarer Abstand zwischen beiden Handlungen liegt, so daß die Kinder merken, daß es ihrem Seelsorger damit ernst ist, und sie selbst deutlich machen können, daß sie sich mit der Jugendweihe nicht zum Atheismus bekannt haben, sondern zu der Kirche, in der sie getauft sind, halten wollen."

*

Auf der Synode der Evangelischen Kirche der Union (EKU), die in der zweiten Novemberwoche mit etwa 100 Delegierten aus Mittel- und Westdeutschland im Ost-Berliner Stöckerstift unter Leitung von Präses Dr. Kreyssig (Magdeburg) tagte, gab der Vorsitzende des Rates der EKU, Präses D. Dr. Beckmann (Düsseldorf), der großen Besorgnis über die Flucht zahlreicher Gemeindeglieder und kirchlicher Amtsträger nach dem Westen Ausdruck.

Der Rat der EKU, so sagte Präses Beckmann, habe immer wieder betont, „daß der evangelische Christ nicht ohne weiteres die Freiheit hat, den Ort, an den er von Gott gestellt ist, zu verlassen. Es wäre an der Zeit, daß die Kirche zu dieser Frage vom Bleiben und Weggehen ein

wegweisendes Wort sagte.“ An die Regierung der „DDR“ richtete Präses Beckmann die dringende Bitte, andere Verhältnisse zu schaffen, in denen Angst, Not und Gewissensdruck aufhörten, damit der erschreckende Flüchtlingsstrom eingedämmt würde. Die Christen müßten unbeschwert ihres Glaubens leben und ihn in Freiheit beken- nern können.

Auch sprach der Präses sein Bedauern darüber aus, daß der Besuchsdienst der mittel- und westdeutschen Gliedkirchen der EKU untereinander sowie der Austausch der Pfarrer und Kandidaten durch die politischen Verhältnisse außerordentlich erschwert seien. Der Leiter der Kirchenkanzlei der EKU, Präsident Hildebrandt, werde oft gehindert, die westlichen Gliedkirchen aufzusuchen. So sei ihm die Teilnahme an der westfälischen Landessynode und an der Kirchenkonferenz in Frankfurt verwehrt worden.

An den Lutherstätten in Wittenberg, die Präses Beckmann „Quellorte der Reformation“ nannte, habe die Kirche immer ein Mitspracherecht gehabt. Dies sei, insbesondere bei der Lutherhalle, in gemeinsamen Kuratorien zum Ausdruck gekommen. Inzwischen habe man die Kirche aus der Mitverantwortung herausgedrängt und die Lutherhalle zu einem städtischen Museum erklärt. „Unsere Kirche muß aber darauf bestehen, daß der bisherige Rechtsstand gewahrt wird.“ Leider seien alle Vorstellungen in dieser Richtung bisher gescheitert.

PANKOWS FLUCHT NACH VORN

Im Machtbereich Ulbrichts gärt es. Trotz aller Versprechungen und hochtrabenden Phrasen vom „wirtschaftlichen Überholen Westdeutschlands“, mit denen die SED-Funktionäre so freigebig um sich geworfen haben, kann von einer Überwindung der chronischen Engpässe in Produktion und Versorgung der Bevölkerung — 15 Jahre nach Kriegsende — noch keineswegs die Rede sein. Im Gegenteil, die allmächtige sogenannte „Partei der Arbeiterklasse“ sucht ihr Heil — zum wievielten Male eigentlich? — wieder einmal in Normenerhöhungen zur „Steigerung der Arbeitsproduktivität“.

Wie sich jedoch herausgestellt hat, sind die mitteldeutschen Arbeiter weniger denn je bereit, diese Steigerung, auf die das Regime schon aus Prestigegründen angewiesen ist, mit ihrem Schweiß zu bezahlen. Und so gibt es immer mehr Berichte aus „volkseigenen“ Betrieben der Zone, in denen sich die Arbeiter gegen die forcierte Ausbeutung energisch zur Wehr setzen. Die beschwörenden Appelle der Funktionäre der SED und der staatlichen Ausbeutergewerkschaft FDGB prallen von ihnen ab, und eine allgemeine Ratlosigkeit geistert durch die Reihen der Ulbricht-Partei.

Aber nicht nur die Industrie hinkt in der Planerfüllung bedenklich nach, auch in der zwangskollektivierten Landwirtschaft stoßen die Normeneinpeitscher auf immer größere Schwierigkeiten. Bei einer Lagebesprechung des sowjetzonalen Landwirtschaftsministeriums mit Vertretern der SED und ihrer „bürgerlichen“ Satellitenparteien, die in der „Nationalen Front“ zusammengefaßt sind, kamen die Genossen zu dem deprimierenden Ergebnis, daß der „Fortgang der Ernte- und Bestellarbeiten gegenwärtig nicht befriedigen kann“. Die staatlichen Organe müßten die „sozialistische Hilfe“ zwischen den Bezirken, Kreisen und Gemeinden mit Maschinen, Traktoren, Anhängern und Arbeitskräften „wesentlich besser organisieren“. Besonders in den Bezirken Suhl, Gera, Erfurt, Dresden und Neubrandenburg liegt vieles im Argen, sie weisen die größten Rückstände auf. Das Wintergetreide ist hier erst

zu 40 Prozent ausgesät, und die Partei sieht — wie aus den SED-Bezirkszeitungen hervorgeht — bisher keinen Ausweg aus der Misere.

Kein Wunder, daß angesichts dieser grauen Trostlosigkeit in Ulbrichts „Arbeiterparadies“ die Flüchtlingszahlen wieder merklich angestiegen sind. Das Flüchtlingsproblem ist nach der Wirtschaft die Hauptsorge des Regimes. Es versucht, mit Hilfe scharfer Gerichtsurteile gegen „Republikflüchtige“ die Zonenbevölkerung abzusrecken. Gleichzeitig müssen die geplagten Funktionäre auf sogenannten „Einwohnerforen“ die „Republikflucht“ als „Verrat am Frieden“ anprangern und „verstärkte Überzeugungsarbeit“ leisten, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen. Allerdings erleiden sie dabei oft kläglich Schiffbruch, denn die Zonenbewohner halten mit ihrer Kritik an der systematischen Bolschewisierungspolitik und der sterilen kommunistischen Planwirtschaft nicht mehr hinter dem Berge. Als besonders grotesk empfinden sie es, daß die SED angesichts des offenen Bankrotts ihrer Politik auch noch eine verstärkte Aufrüstungskampagne betreibt und ihre Untertanen unter dem Motto: „Im Raketen-tempo zur Nationalen Volksarmee“ in immer größerer Zahl in die sowjetdeutschen Streitkräfte treiben will.

Totale Militarisierung, „harte Strafen für diejenigen, die den Bestand der DDR zu untergraben und unseren Weg zum Sozialismus zu behindern suchen“ (Hilde Benjamin kürzlich in Aue), Wirtschaftschaos an allen Fronten — so präsentiert sich jenes Regime, das soeben Anspruch darauf erhoben hat, in die UNO aufgenommen zu werden! Daß es im übrigen nicht einmal von der von Moskau propagierten „friedlichen Koexistenz“ etwas hält, kommt im theoretischen Organ des ZK der SED, „Neuer Weg“, in dankenswerter Offenheit zum Ausdruck. Hier heißt es: mit den „Bonner Militaristen“, also mit der freiheitlichen Staatsordnung der Bundesrepublik, könne es keine Koexistenz geben, der „Militarismus“ müsse „gebändigt“ werden. Deutlicher kann die Haltung Pankows nicht mehr charakterisiert werden.